



**JUNGES  
EUROPA**

## **Podiumsdiskussion: „Rüstungsexporte zwischen Profit, Politik und Moral – welche Ziele hat die EU im Visier?“**

Am Donnerstag, den 24.01.19 fand um 18 Uhr unsere Podiumsdiskussion unter dem Titel „Rüstungsexporte zwischen Profit, Politik und Moral – welche Ziele hat die EU im Visier?“. Obwohl es zu diesem Thema nicht einfach ist, ein kontroverses und hochkarätiges Podium zusammenzustellen, gelang es uns folgende Gäste im Hörsaal H24 der Universität Regensburg zu begrüßen: Christine Hoffmann – Sprecherin der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Generalsekretärin der deutschen Sektion von pax christi, Ph. D. Moritz Weiss – LMU Vertretungsprofessur für Global Governance and Public Policy und Leiter des Projekts „Diversity or convergence? Explaining the development of defense-industrial policies“, Dr. Mathias John – Vorstandsmitglied der deutschen Sektion von Amnesty International und Sprecher des Arbeitskreises „Rüstung und Menschenrechte“ sowie Dr. Kurt Braatz – Verantwortlicher für Unternehmenskommunikation bei Krauss Maffei Wegmann. Leider musste Dr. Karl-Heinz Brunner Bundestagsabgeordneter für die SPD und Obmann des Unterausschusses Abrüstung kurzfristig absagen. Moderiert wurde die Diskussion von Prof. Dr. Markus Bresinsky, der an der OTH Internationale Politik und Sozialwissenschaften lehrt.

Einleitend hielt Herr Weiss einen kurzen Vortrag, um die grundlegende Themenaspekte zu erläutern. Rüstungspolitik sei seit jeher ein umstrittenes Thema, da wirtschaftliche und politische Interessen auf normative auf moralische Verpflichtungen treffen. Zudem sprach er an, dass in der europäischen Rüstungspolitik Kooperation, nicht Integration vorherrsche. Das heißt, staatliche Kompetenzen würden nicht eingeschränkt, allerdings gebe es eine EU-weite Verständigung über gemeinsame Standpunkte.

Dadurch wurde die Grundlage für die bevorstehende Diskussion geschaffen. Frau Hoffmann machte zuallererst darauf aufmerksam, dass es beim Waffenhandel um Menschen und nicht allein um wirtschaftliche Zwecke gehe. Ihrer Meinung nach seien die Rüstungsexporte das größte anhaltende Desaster der deutschen Außenhandelspolitik und der Handel von Waffen müsste wie die Androhung von Gewalt verstanden werden. Hier schritt Dr. Braatz ein und meinte, dass sehr viel in diesem politischen Feld geheim gehalten werde und allein die Bundesregierung entscheide. Der Punkt, dass allein die demokratisch legitimierte Bundesregierung Entscheidungen zu treffen hat, wurde im weiteren Verlauf der Diskussion noch viele Male genannt. Weiterhin betonte Dr. Braatz noch, dass wir beispielsweise der Türkei keine deutschen Panzer versagen könnten, da sie NATO-Mitglied ist. Bezüglich der fehlenden Transparenz in diesem Gebiet pflichtete Dr. John Dr. Braatz bei und kritisierte, dass nur ein Bruchteil aller Genehmigungen durch den Bundessicherheitsrat gehen und zudem ein großes Korruptionsproblem bestünde, welches es zu bekämpfen gelte. Nachdem Dr. Braatz die Verantwortung für Rüstungsexport-Entscheidungen an die Bundesregierung abgetreten hatte, meldete sich Herr Weiss zu Wort und sagte, dass ihm bewusst sei, dass alle Rüstungsfirmen selbstverständlich wirtschaftliche Interessen verfolgten, das Problem aber vielmehr der große Graubereich sei. Die Türkei müsse natürlich beliefert werden, doch die große Debatte drehe sich vielmehr um all die Drittstaaten, die 60 Prozent des Exports ausmachen. Hier schritt Fr. Hoffmann abermals ein und kritisierte, dass die Firmen sich nicht einfach aus der Verantwortung ziehen könnten und allein die Regierung für alle Probleme verantwortlich gemacht wird. Sie ließ des Weiteren anklingen, dass die Konzerne doch auch

ihre Waffen bewerben und sie sehr wohl entscheiden können, ob sie nun Waffen oder andere Produkte produzieren. Doch sprach sie hier auch noch an, dass Rüstungsfirmen und Rüstungsgegner an einem Strang ziehen können, wenn es um das Problem der Transparenz geht. Denn das Wichtigste, so Hoffmann, sei endlich ein Rüstungsexportgesetz zu bekommen, mit dem dann alle relevanten Fragen rechtsverbindlich geklärt und einklagbar gemacht würden. Dr. John beleuchtete dann noch eine weitere Thematik: die UN Leitlinien, welche Menschenrechte und andere humanitäre Rechte beinhalten. So werde theoretisch festgelegt, dass alle deutschen Konzerne menschenrechtlich handeln sollen, was die Rüstungsindustrie seiner Meinung nach ignoriere. Herr Weiss meinte daraufhin, dass es eben eine Wertentscheidung sei, es aber an klaren Regeln mangle. Außerdem erklärte er, dass nur die Regierungspolitiker in der Pflicht seien, da die die Klage der Partei „Bündnis 90/ Die Grünen“ in Bezug auf die Geheimhaltung des Exportentscheidungs-Verfahrens gescheitert sei.

Hier schritt Dr. John abermals ein, um nochmals zu betonen, dass es sehr wohl klare Regeln und einen gemeinsamen Standpunkt der EU gäbe, Außenhandels- und Wirtschaftsinteressen gegenüber Menschenrechten nur immer überwiegen würden. Er ließ auch das Problematik um eine Lieferung von Kampfpanzern nach Saudi-Arabien anklingen, woraufhin Dr. Braatz kurz und knapp betonte, dass KMW nie Geschäftsbedingungen nach Saudi-Arabien gehabt habe und im Moment auch nicht hätte. Zum Ende der Diskussion sprach Dr. Braatz noch den Zynismus in der Politik an und betonte, dass die Bundesregierung sich ungern mit der diskutablen Frage von Rüstungsexporten beschäftige und den „Schwarzen Peter“ der Rüstungsindustrie zuschöbe. Als letzten Beitrag rief Frau Hoffmann dazu auf, dass sie und auch alle anderen gegen den Gedanken „Die Realität ist so, da ist eh nichts zu ändern“ stark machen sollten und die Rüstungsexporte sehr wohl veränderbar seien. Als gute Überleitung zur folgenden Diskussion hielt Dr. John uns noch an, bei der Europawahl Druck auf Kandidaten auszuüben und so die Realität vielleicht doch zu verändern.

Viele der dann folgenden Publikumsfragen, wurden an Dr. Braatz gerichtet. Dieser betonte bei einem Großteil der Antworten, dass alle Exportentscheidungen durch die Bundesregierung getroffen würden und dies auch gut sei, weil sie die eine demokratisch legitimierte Instanz sei. Zudem gab er in Bezug auf die Verantwortung von Rüstungsindustrien für gewaltsame Konflikte an, dass Waffen manchmal töten müssten, um zu schützen. Es folgten viele interessierte Fragen und es kam zu einer wirklich angeregten Diskussion. Abschließende Worte kamen dann von Frau Hoffmann, welche sagte, dass alle Menschen doch ein Recht auf zivilen Frieden haben und es nicht reiche alle 4 Jahre den Bundestag zu wählen und sich dann als deutscher Bürger aller Verantwortung zu entziehen.

„Junges Europa“ möchte sich an dieser Stelle ganz herzlich bei den ReferentInnen und dem interessierten Publikum sowie der bestens geleiteten Diskussion durch unseren Moderator, bedanken.

*Stella Fink*